



DROLEG

DIE ZEITUNG FÜR EINE VERNÜNFTIGE DROGENPOLITIK

DROLEGINFO #02 August 2008

DroLeg Dachverband für eine vernünftige Drogenpolitik
Sekretariat, Tobelstrasse 20, 9246 Niederbüren, www.droleg.ch,
sekretariat@droleg.ch, Postkonto-Nummer: 80-36371-6

DAS SCHEITERN DER SCHWEIZER DROGENPOLITIK SEITE 2/3
DIE ZUKUNFT DER DROGENPOLITIK SEITE 4/5/6 **PSYCHOAKTIV** SEITE 7

EDITORIAL

AM 30. NOVEMBER 08 KOMMEN GLEICH ZWEI DROGENPOLITISCHE SACHGESCHÄFTE ZUR ABSTIMMUNG: DIE REVISION DES BETÄUBUNGSMITTELGESETZES UND DIE HANFINITIATIVE.

Die Btmg-Revision war ein äusserst zähes Ringen um Kompromisse; immerhin hat es das sogenannte Viersäulen-Konzept geschafft, aufgenommen zu werden. Was unter anderem bedeutet, dass die seit gut 20 Jahren praktizierte Heroinabgabe endlich eine gesetzliche Basis bekommt. Elemente wie die Schadensminderung oder die Überlebenshilfe sorgen dafür, dass die Abstinenz-Orientierung nicht mehr der einzige Ansatz der Drogenhilfe ist. Dies alles ist zwar noch weit weg vom Ziel der Droleg, einen sinnvollen Umgang mit Suchtmitteln nicht mittels Verboten und Repression zu erreichen; trotzdem ist es ein Schrittschen in die richtige Richtung.

Rückfall in frühere Zeiten... !?

Überraschendes hat sich bezüglich des Umgangs mit Hanf entwickelt. Erinnern wir uns: Vor 10 Jahren, in der Zeit der Abstimmung zur DroLeg-Initiative, waren sich fast alle einig, dass die Aufhebung der Prohibition in Bezug auf Hanf gute Chancen gehabt hätte, angenommen zu werden. Innerhalb der Droleg gab es sogar einige, die es schade fanden, dass wir nicht

verschiedene Varianten gleichzeitig lanciert haben, also eine radikale wie es die Droleg-Initiative war und eine «mildere», in der z.B. der Umgang mit Hanf liberaler gehandhabt wird. Entsprechende Umfragen zeigten, dass diese Einschätzung damals nicht nur Wunschdenken war.

Und jetzt, 10 Jahre später, hat sich manches wieder verhärtet. Momentan werden die Chancen der Hanfinitiative sehr pessimistisch eingeschätzt, bei Befürwortenden wie bei Ablehnenden.

Was ist passiert? Eine genaue Analyse gibt es nicht, es sind nur Spekulationen möglich. Sicher haben die verschiedenen Kampagnen der GegnerInnen manche verunsichert. Die Blickmässig lancierten Parolen wie «Massive Gefahren durch immer höheren THC-Gehalt» oder «Immer mehr dauerbekifft SchülerInnen» und ähnliche arbeiteten mit den wohlbekanntesten Taktiken: Verallgemeinerungen, Verunsicherung auslösen und so weiter.

Aber auch die Befürwortenden eines Abbaus der Repression haben ein bisschen geschlafen. Es wurden kaum mehr Auseinandersetzungen geführt, sachliche Aspekte oder auch Auswirkungen der Repression (z.B. Lehrstellenverlust nach einmaligem Konsum) wurden öffentlich kaum je diskutiert.

Das Interview mit dem Präsidenten der eidgenössischen Kommission für Drogenfragen, Herrn Dr. François van der Linde und der Artikel «Das Scheitern der Schwei-

zer Drogenpolitik» von Roger Ligenstorfer vom Nachtschatten Verlag zeigen weitere Aspekte dieser Entwicklung.

30. November: Abstimmung zur Hanfinitiative

Im Initiativkomitee der Hanfinitiative sitzen zwar PolitikerInnen aus fast allen Parteien (sogar der SVP!); trotzdem ist davon auszugehen, dass nur wenige Parteien diese unterstützen werden. Und auch die Fachverbände geben zwar mehrheitlich die JA-Parole heraus, werden sich aber mit bescheidenen Mitteln und Ressourcen v. a. auf die Btmg-Revision konzentrieren.

Es ist sehr wichtig, in dieser Situation wenigstens dafür zu sorgen, dass ein Fiasko verhindert werden kann, also den Ja-Stimmen-Anteil möglichst hoch zu bringen, so dass nicht-repressive Ansätze mittelfristig eine Chance behalten.

Auch wir von der Droleg haben nicht die Mittel, eine wirkliche Kampagne zu führen. Wir konzentrieren uns deshalb darauf, einerseits lokale Aktivitäten wie Podiumsgespräche, Leserbriefe etc. mitzutragen. Andererseits wollen wir durch entsprechende Materialien argumentativ das eine und andere einbringen. Diese Unterlagen werden sich v. a. an Aktive richten.

Wir hoffen natürlich, dass möglichst viele Droleg – Mitglieder dies auch mittragen und auch in ihren Umfeld das Thema angehen.

Für den DroLeg Vorstand Renato Maurer

DAS SCHEITERN DER SCHWEIZER DROGENPOLITIK ODER WIESO HANF PLÖTZLICH ZU DEN HARTEN DROGEN GEZÄHLT WIRD

VON ROGER LIGGENSTORFER, IM JUNI 2008

DIE DROGENPOLITIK DER SCHWEIZ HAT SICH IN DEN LETZTEN JAHRZEHNEN DURCH EIN PRAGMATISCHES VORGEHEN AUSGEZEICHNET. MAN SASS ZUSAMMEN, DISKUTIERTEN UND SUCHTE LÖSUNGEN, UM DEN BETROFFENEN MENSCHEN ZU HELFEN.

Die Bilder vom Lettenpark schockierten – und mit den Heroinabgabe-Programmen begab man sich auf neue Wege: international zuerst äusserst kritisch beobachtet, fand dieser durch wissenschaftliche Ergebnisse bestätigte Ansatz viele Nachahmungen. Die akzeptierende Haltung, die Sucht als Krankheit und den Drogenkonsum als eine gesellschaftliche Realität anerkennt, erhielt breite Zustimmung.

Die vier Säulen der Drogenpolitik (Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression) bekamen ihre Konturen, und das BAG bereitete eine Gesetzesrevision vor, unterstützt von allen in der Drogenpolitik involvierten Kreisen und Fachleuten. Mit entsprechenden Vernehmlassungen ging diese in die nächsten politischen Phasen.

Der Bundesrat, der sonst eher konservativere Ständerat und die vorberatenden Kommissionen waren mehrheitlich für die Umsetzung auf Gesetzesebene. Der Nationalrat, der sich sonst durch rasche Lösungen anstehender Probleme auszeichnet, ging erst aufgrund wahlpolitischer Umstände nicht auf das Geschäft ein. Erste Verunsicherungen machten sich breit. Hanf wurde zunehmend zum eigentlichen drogenpolitischen Thema. Mit Hanf-Duftkissen und weiteren neuen Verkaufsideen wurde das noch gültige Gesetz umgangen oder neu interpretiert. Die rechtliche Unsicherheit seitens der Behörden war gross; man stand dem schnell aufkommenden Phänomen der professionellen Hanfvermarktung zuerst ohnmächtig gegenüber.

«ERSTE VERUNSICHERUNGEN MACHTEN SICH BREIT.»

Die je nach Kanton unterschiedliche, mehrheitlich jedoch tolerante Haltung wurde mit einer zukünftig gesetzlich abgestimmten Praxis gerechtfertigt. Die Hanfkonsumenten wie auch die Hanfproduzenten fühlten sich zunehmend bestätigt, insbesondere dadurch, dass vom Hanfhandel Mehrwertsteuer eingefordert und in einzelnen Kantonen diesen Betrieben Arbeitslose vermittelt wurden – sogar im sonst drogenpolitisch repressiven Kanton Aarau. Die Hanfshops genossen mehrheitlich eine Duldung, die einer vorweggenommenen Legalisierung gleichkam. Dies erzeugte spezielle Blüten, nicht nur die des Hanfes: Mit sämtlichen Vorteilen des illegalen Marktes – keine Qualitätskontrollen, bis auf wenige Ausnahmen keine Steuerbelastungen, kein einschränkender Konsumentenschutz etc. konnte ein noch illegalisiertes Produkt von einem legalen Marktzugang in einer besonders rentablen Art profitieren. Die Ausgangslage konnte nicht besser sein, um gewiefte Geschäftemacher anzuziehen – zunehmend auch mafiaähnliche Organisationen – und wurde entsprechend genutzt, um enorme Gewinne in diesem schnell wachsenden Markt zu erzielen. War es ihnen zu verübeln, wenn die Rahmenbedingungen derart vorteilhaft waren? Wieso war dies möglich und wurde zugelassen? Wo wurden die Weichen für diese Fehlentwicklung gestellt?

Erstens hat es das BAG verpasst, frühzeitig entsprechende Präventionskampagnen zu planen und umzusetzen, wie dies bei jedem legalen Genussmittel der Fall ist, um dem Missbrauch entgegenzutreten und insbesondere dem Jugendschutz gerecht zu werden. Bei einer Substanz wie dem Hanf sollten, um die Ängste der Bevölkerung zu entkräften, noch viel umfassendere Kampagnen geführt werden.

Die Zurückhaltung ist teilweise verständlich, da sich das BAG in dieser Zeit auf einer Gratwanderung befand – zwischen konservativen Kreisen, die jeden nur erdenklichen Vorwand aufgriffen, um den eingeschlagenen Weg zu kritisieren und in Verruf zu bringen, und Drogenfachleuten, die eine rasche Umsetzung des Vier-Säulen-Modells vorantreiben wollten. Es bestand auch eine Verunsicherung darüber, ob ein illegales Genussmittel bereits wie die legalen behandelt werden könne.

Zweitens hätte eine Übergangsregulierung politisch umgesetzt werden sollen und wäre zwingend gewesen, um den Hanfmarkt nicht einem unkontrollierten freien Markt zu überlassen, der in der Folge die Stimmung im Volk negativ beeinflusste und das Desaster in der Drogenpolitik einleitete. Aber auch hier stellte sich die Frage der Machbarkeit: Darf einer erst beabsichtigten Gesetzesrevision mit einer Übergangsregulierung vorgegriffen werden? Wäre der Wille tatsächlich vorhanden gewesen – wie es bei der kontrollierten Heroinabgabe, bevor sie gesetzlich verankert wurde, der Fall war,

hätte sich eine solche Lösung auch beim Hanf realisieren lassen. Der unkontrollierte Markt wurde international immer heftiger kritisiert, die Schweiz kam unter Druck. Süddeutschland und Teile Westfrankreichs wurden durch die Nordschweiz mit Hanf versorgt, und Norditalien deckte sich im Tessin ein. Auch in der Schweiz verstärkten sich die Probleme: In liberalen Städten wie Basel entstanden innert kurzer Zeit über 100 Hanfläden – für Basel selbst eindeutig zu viele. Für Eltern minderjähriger Jugendlicher stellte sich die Frage, ob drei bis vier Hanfläden im Umkreis einer Schule noch akzeptierbar sind. Diese Umstände trugen dazu bei, die tolerante Haltung gegenüber dem Hanf zu verändern.

Als die Situation von Lehrern thematisiert wurde – allerdings ohne Absicht, die laufende Revision zum Kippen zu bringen, war das für die Prohibitionisten ein gefundenes Fressen. Die durch den professionalisierten Hanfanbau gestiegenen THC-Werte wurden mit einer fragwürdigen Inszenierung durch einen gewissen Werner Bernhard von der Uni Bern dramatisiert. In einer Kassensturz-Sendung wurde das Produkt als hochpotenter Hanf, vergleichbar mit harten Drogen, dargestellt.

Das mit höchst zweifelhaften THC-Messmethoden untersuchte Hanf durfte in der Folge nicht ein zweites Mal analysiert werden, im Wissen darum, dass sie falsch waren. Denn nicht alle im Hanf messbaren THC-Inhalte sind auch psychoaktiv; sie wurden aber ebenso gemessen und als solche vermittelt.

Wer sind aber diese Prohibitionisten, die offenbar gut organisiert und mit viel Geld einiges bewegen konnten? Es sind dies in erster Linie fundamentalistisch orientierte Moralisten, selbsternannte populistische Saubermänner und nachahmende Frauen, die in den üblichen Schwarzweiss-Rastern denken. Selbst geben sie vor, die Gesundheit der Jugendlichen stehe im Mittelpunkt ihres Interesses.

«WER SIND ABER DIESE PROHIBITIONISTEN, DIE OFFENBAR GUT ORGANISIERT UND MIT VIEL GELD EINIGES BEWEGEN KONNTEN?»

Das mag von einigen tatsächlich auch gut gemeint sein, aber sie verkennen, dass sie mit ihrer Politik das Gegenteil erreichen: Durch die erneute Illegalisierung des Handels ist ein bewusster Umgang mit der Dro-

gen unmöglich, und dem Missbrauch wird dadurch erst recht Tür und Tor geöffnet. Mit ihrer Politik der absoluten Repression spielen sie dem Schwarzmarkt und dessen Exponenten, konkret der Mafia und ähnlichen Organisationen, erst recht in die Hände. Deren Dank ist ihnen sicher...

Auffallend ist, dass diese Anti-Drogen-Krieger (deren Vorbild die amerikanische «Krieg-den-Drogen»-Hysterie bildet) gut organisiert sind. Die professionelle Lobbyarbeit innerhalb des Bundeshauses (massenhafte E-Mail- und aufwändige Broschüren-Propaganda) und ihr systematisches Vorgehen erinnert an die Arbeit ehemaliger VPM-Aktivisten. Hat sich schon einmal jemand gefragt – insbesondere engagierte Journalisten, wo diese ehemaligen VPM-Vertreter heute aktiv sind? Diese in psychologischer Menschenkenntnis erprobten haben gelernt, geschickt versteckt zu agieren. Aber könnte es auch sein, dass diese Leute die Fäden im Hintergrund ziehen? Dass die Nationalräte, die einen Entscheid hätten fällen sollen, massiv von Propagandisten beeinflusst wurden, ist mir von diversen Nationalräten bestätigt worden.

«MIT IHRER POLITIK DER ABSOLUTEN REPRESSION SPIELTEN SIE DEM SCHWARZMARKT UND DESSEN EXPONENTEN, KONKRET DER MAFIA UND ÄHNLICHEN ORGANISATIONEN, ERST RECHT IN DIE HÄNDE.»

Ebenso ist ein internationaler Druck, insbesondere aus den USA, belegbar. Es durfte nicht sein, dass eine relativ harmlose Substanz in einem kleinen Land wie der Schweiz legal wird – es wäre ein falsches Zeichen in die falsche Richtung, das die massiven Gewinne der internationalen Profiteure der Drogenverbote schwinden lassen würden. Oder anders ausgedrückt: Wer heute gegen die Legalisierung der Drogen ist, steht im Verdacht, an der Prohibition zu verdienen!

Tatsache ist: Seit die Hanfläden verschwunden sind, und die Verfolgung der Betreiber verstärkt wurde, hat sich die Marktsituation extrem verschlechtert. Die Preise sind gestiegen, eine Qualitätskontrolle wird verunmöglichlicht, gestrecktes und verunreinigtes Grass (u.a. mit Blei und Pestiziden kontaminiert!) taucht auf dem Schwarzmarkt auf. Man behandelt Hanf heute analog zu den harten Drogen, und Konsumentenschutz scheint bei illegalisierten Genussmitteln so-

ABSTIMMUNGS- PRAROLEN DER DROLEG AM 30. NOVEMBER 2008:

Initiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» und Betäubungsmittelrevision

2XJA



BUCHHINWEIS

Hrsg. M. Broeckers, L. Zimmer, J.P. Morgan

**CANNABIS MYTHEN –
CANNABIS FAKTEN**
Eine Analyse der wissenschaftlichen
Diskussion

Dieses Buch bringt die gängigen Argumente der Gegner einer Cannabisreform auf den Punkt und zeigt: Die Einwände der Reformgegner basieren nicht auf Fakten, sondern auf Mythen. Gerade für die anstehenden Abstimmungen in der Schweiz und die umstrittene Cannabisliberalisierung in Europa ist dieses Buch besonders wichtig: als fundierte Argumentationshilfe und als objektiver Diskussionsbeitrag.

Nachtschatten Verlag, 272 Seiten, ISBN 978-3-03788-120-0, Broschur, Fr. 39.80

DIE ZUKUNFT DER DROGENPOLITIK

INTERVIEW MIT DR. FRANÇOIS VAN DER LINDE

INTERVIEWER: VIKTOR GORGÉ

Der Bericht der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen «Von der Politik der illegalen Drogen zur Politik der psychoaktiven Substanzen» ist ziemlich radikal, aber er wurde bis jetzt noch kaum diskutiert, weder in der Öffentlichkeit noch in Fachkreisen. Warum? Interessiert Drogenpolitik unsere Gesellschaft nicht mehr?

Ja, in der Öffentlichkeit wurde der Bericht leider noch kaum diskutiert. Das ist in der Tat enttäuschend und hängt schon damit zusammen, dass das Drogenproblem nicht mehr im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht. Aber in Fachkreisen wurde er sehr wohl wahrgenommen. Insbesondere das Würfelmodell, also die Idee alle psychoaktiven Substanzen aus einer übergeordneten Sicht zu betrachten und zugleich die verschiedenen Konsummuster und die Gefährlichkeit der Substanzen in Betracht zu ziehen. Diese Idee ist sehr gut aufgenommen worden (an Tagungen im Ausland wurde sogar der Begriff «swiss cube» geprägt); das ist mehr als ich erwartet habe. Über die aus dieser Betrachtung abgeleiteten Folgerungen und Empfehlungen wurde auf politischer Ebene und in der Bevölkerung bisher allerdings noch kaum gesprochen. Bemerkenswert ist aber, dass eine staatliche Kommission hier in der Schweiz überhaupt so einen Entwurf machen darf; in vielen anderen Ländern wäre das kaum denkbar.

IM AUSLAND WURDE SOGAR DER BEGRIFF «SWISS CUBE» GEPRÄGT

Wir haben heutzutage eine sehr widersprüchliche Einstellung zu den von Ihrer Kommission so bezeichneten «psychoaktiven Substanzen» (für die wir bezeichnenderweise leider auch keinen volkstümlichen Begriff haben): Einerseits sind es die verbotenen Substanzen, die «Drogen» im engeren Sinne, die nach wie vor verurteilt werden, zum andern die traditionellen, in unserer Kultur akzeptierten «Genussmittel», und schliesslich haben wir die Substanzen aus dem immer grösser werdenden medizinisch-pharmazeutischen Bereich, die trotz strenger Regelung neben und unter dem Deckmantel der Medizin ebenfalls ein weitgehend tabuisiertes Suchtproblem darstellen. Die psychoaktiven Substanzen sind in der öffentlichen Wahrnehmung also in drei ganz verschiedene Schubladen verteilt. Wie kann unter diesen Umständen eine kohärente Drogenpolitik überhaupt in Angriff genommen werden?

Kurzfristig ist das nicht möglich; wir haben eine sehr langfristige Perspektive im Auge (der Arbeitstitel dieses Berichtes hiess seinerzeit «psychoaktiv 2015»). Entwicklungen dieser Art brauchen sehr viel Zeit. Ein typisches Beispiel ist die öffentliche Wahrnehmung des Tabakrauchens: In den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde die Schädlichkeit des Rauchens wissenschaftlich erwiesen, aber erst heute wird diese Tatsache von einer breiten Öffentlichkeit so wahrgenommen, dass entsprechende Massnahmen politisch durchsetzbar werden. In der Drogenpolitik waren es immer die Fachleute, die eine Veränderung initiierten; sie

ZUR PERSON

Dr. med. François van der Linde ist Präsident der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen und ehemaliger Präventivmediziner des Kantons St. Gallen. Viktor Gorgé ist Vater eines drogenabhängigen Kindes, war lange Zeit im Vorstand des Verbandes der Eltern- und Angehörigenvereinigungen Drogenabhängiger VEVDJA und ist seit langer Zeit Vorstandsmitglied der DroLeg.

waren und sind auch heute der öffentlichen Meinung um Jahre voraus.

In der Bevölkerung werden Drogen immer noch sehr stark mit moralischen Werturteilen verbunden; wir müssen versuchen, die Leute von dogmatischen Meinungen wie «Drogen sind schlecht» wegzubringen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir in der Schweiz in einer sehr pluralistischen Gesellschaft leben, in der sich keine Mehrheiten für irgendeine einseitige Drogenpolitik finden lassen (weder «Jugend ohne Drogen» noch DroLeg hatten seinerzeit eine Chance). Wir können deshalb nur pragmatisch versuchen in den einzelnen Problemereichen Verbesserungen zu erreichen, die sowohl für die Betroffenen wie auch für die Gesellschaft als Ganzes akzeptabel sind. Unter dem Leidensdruck der grossen offenen Drogenszenen der Neunzigerjahre ist hier in der Schweiz einiges erreicht worden – man denke z.B. an den Sprizttausch im Rahmen der Aidsprävention und an die heroingestützte Behandlung. Wir waren damals in Drogenfragen deshalb auch viel offener als unsere Nachbarn und sind es zum Teil heute noch. Die Entscheidungsfreiheit des erwachsenen Individuums in Fragen des Konsums von psychoaktiven Substanzen wird bei uns höher gewichtet als ein umfassender Schutz durch den Staat.

*

Die Öffnung des Suchtmittelspektrums provoziert die Verteidiger von alten Traditionen, von subventionierten Wirtschaftszweigen, aber auch die Ärzte als Hüter der Psychopharmaka. Wie gewinnt man die

Akzeptanz dieser Kreise? Und wie vermeidet man, dass aus dieser Sicht bloss neue rigorose Verbotsregelungen im bisher legalen Bereich entstehen (s. die gegenwärtige Antitabakkampagne)?

Wir müssen die Schädlichkeit der Substanzen aus medizinischer und auch aus sozialer Sicht sehr differenziert betrachten. Der Tabak ist da ein gutes Beispiel: Tabak ist eine körperlich sehr schädigende Substanz und müsste aus dieser Sicht eigentlich ganz verboten werden. Die heute geforderten Einschränkungen sind daher durchaus gerechtfertigt, da sie ja vor allem den Jugendschutz betreffen und zudem die Schädigung Dritter, d.h. das Passivrauchen, vermeiden wollen. Gegenüber dem aggressiven Verhalten noch vor zehn Jahren ist die Tabakindustrie heute sehr zahm geworden.

Sie fördert heute sogar Präventionsprogramme und versucht sich dadurch weiszuwachen. Auch beim Alkohol müssen wir die Gefahrensituationen genauer anschauen und, wo nötig, Einschränkungen verordnen. Mässiger Alkoholkonsum ist für die grosse Mehrheit erwachsener Menschen kaum eine Gefahr. Hier steht der Jugendschutz und die Verhütung von Alkoholkonsum in unangebrachten Situationen (z.B. Strassenverkehr) im Vordergrund. Bei den Medikamenten haben wir einen heute schon umfassend reglementierten Bereich (Rezeptpflicht bzw. Unterstellung einer Substanz unter das Betäubungsmittelgesetz). Aber neue psychoaktive Substanzen sind im kommen, z.B. Medikamente, die uns helfen, den Leistungsdruck besser zu ertragen.

Solche Substanzen sind zwar heute noch reglementiert, dies kann aber umgangen werden: Über das Internet entwickelt sich hier ein neuer schwarzer Markt. Hier wird ein wichtiges Drogenproblem der Zukunft liegen. Man wird auch in diesem Bereich versuchen müssen, die Erhältlichkeit einzuschränken, aber einen gewissen Missbrauch wird man nicht vermeiden können. Verbote mit strafrechtlicher Verfolgung nützen da gar nichts. Es gibt natürlich überall Fanatiker, die alles verbieten und reglementieren möchten; aber das führt in unserer pluralistischen Gesellschaft nicht zum Ziel.

TABAK IST EINE KÖRPERLICH SEHR SCHÄDIGENDE SUBSTANZ UND MÜSSTE AUS DIESER SICHT EIGENTLICH GANZ VERBOTEN WERDEN.

Wenn wir schon psychoaktive Substanzen konsumieren, dann sollten wir das auf

möglichst risikofreie Weise tun. Auch diese zentrale Empfehlung Ihres Berichtes hat einen schweren Stand in einer Gesellschaft, die das Ausserordentliche, den Kick oder explizit das Risiko sucht. Risikoarmer Gebrauch erfordert Traditionen und Rituale, eine differenzierte hedonistische Kultur – alles Dinge, die in unserer schnelllebigen, stressigen Zeit und angesichts globaler Beliebigkeit immer weniger gepflegt werden. Was bedeuten diese Erkenntnisse für die Praxis, insbesondere für die Präventionsarbeit?

Es braucht einerseits traditionelle Aufklärung. Sowohl Jugendliche als auch Erwachsene sollten wissen, welches die Risiken sind, die sie eingehen. Bei Erwachsenen liegt es dann in der Eigenverantwortung des Einzelnen unter der Voraussetzung, dass keine Dritte gefährdet sind. Bei minderjährigen Jugendlichen kann diese Eigenverantwortung noch nicht vorausgesetzt werden. Hier sind wirksame Regulierungsmassnahmen nötig. Aber blosses Verbot hat seine Grenzen. Es muss vielmehr pragmatisch dafür gesorgt werden, dass sich die Risiken in Grenzen halten. Es ist wichtig, dass sowohl im Elternhaus als auch in der Schule klare Verhaltensregeln gesetzt werden: Sie haben nämlich auch dann eine Wirkung, wenn sie heimlich übertreten werden.

*

Wie und wo können Jugendliche einen vernünftigen Umgang mit Drogen lernen? Soll Risikokompetenz oder Drogenmündigkeit in der Präventionsarbeit vermittelt werden?

Ja, das muss angestrebt werden. Aber es muss in einem Umfeld stattfinden, das kinder- und jugendgerecht ist. Wie Sie oben angedeutet haben, spielen auch Rituale im Umgang mit Drogen eine wichtige Rolle. Ein ritualisierter Konsum ist zwar nicht von vornherein problemlos, aber er setzt dem Konsum im Allgemeinen gewisse Grenzen. Wir kennen solche Rituale vor allem beim Alkohol. Sogar die vor allem früher verbreiteten Trinkrituale der Studentenverbindungen mit erheblichem Alkoholkonsum haben wegen der hochritualisierten Form des Trinkens nicht zukünftige Alkoholiker hervorgebracht. Auch ritualisierter Cannabiskonsum in einer Gruppe bedeutet ein viel kleineres Risiko, als wenn jemand allein versucht, mit dem Konsum von Drogen Probleme zuzudecken. Ganz allgemein ist der Drogenkonsum, der zur «Lösung» persönlicher Probleme erfolgt, wohl am problematischsten. Hier sind Früherkennung und geeignete Interventionen ganz wichtig.

GANZ ALLGEMEIN IST DER DROGENKONSUM, DER ZUR «LÖSUNG» PERSÖNLICHER PROBLEME ERFOLGT, WOHL AM PROBLEMATISCHSTEN.

Folgt aus diesem Bericht, dass die gegenwärtige Prohibitions politik durch differenziertere Regelungen ersetzt werden muss?

Ja, die Prohibition sollte eher durch ein Regulierungsmodell ersetzt werden, wie wir das beim Alkohol schon lange kennen. Wir haben durch eine sehr differenzierte Regelung den Alkoholkonsum hier in der Schweiz seit Anfang des letzten Jahrhunderts drastisch reduzieren können. Solche regulierenden Massnahmen betreffend Zugänglichkeit und Handel könnte man auch auf die anderen psychoaktiven Substanzen übertragen, abgestimmt nach der potentiellen Gefährlichkeit der Substanz. Solange keine Schädigung Dritter erfolgt, sollte der Konsum nur für bestimmte Altersgruppen, in bestimmten Situationen (Verkehr, Arbeitsplatz) oder an bestimmten Orten (z.B. im öffentlichen Raum) verboten werden. Ansonsten soll man ihn der Selbstverantwortung des mündigen Bürgers überlassen.

WIR HABEN DURCH EINE SEHR DIFFERENZIERTE REGELUNG DEN ALKOHOLKONSUM HIER IN DER SCHWEIZ SEIT ANFANG DES LETZTEN JAHRHUNDERTS DRASTISCH REDUZIEREN KÖNNEN.

Das würde dann eigentlich auch der damaligen Position der DroLeg nahekommen?

Ja, wahrscheinlich sind unsere Empfehlungen z.T. nicht allzu weit weg von den Forderungen der DroLeg-Initiative; diese standen damals allerdings in einem ganz anderen Umfeld.

*

Wie vermittelt man unserer Gesellschaft generell eine «vernünftige» Einstellung zu Drogen? D.h. wie vermittelt man die fachlich fundierte Überzeugung, dass eine staatliche Regulierung und massvolle Tolerierung von psychoaktiven Substanzen die Gesundheit effizienter schützt als ein striktes

Verbot, das letztlich nicht durchgesetzt werden kann?

Wenn man mit den Leuten genügend lange redet und ihnen diese Zusammenhänge erklärt, sind solche vernünftigen Anliegen durchaus vermittelbar. Das braucht viel Zeit und Aufwand. In den 90er Jahren war dies in der Schweiz einfacher als heute. Damals war leider vorübergehend, drogenpolitisch manches möglich, was in den umliegenden Ländern nicht möglich war. Diese Sonderstellung erklärte sich dadurch, dass die Schweiz damals eine Spitzenposition sowohl bezüglich Drogenkonsums als auch bezüglich Neuerkrankungen an Aids hatte, die wesentlich durch intravenösen Drogenkonsum mit unsauberen Spritzen verursacht waren. Dieser Leidensdruck machte die Leute offen für das neue Konzept der Schadensminderung statt blossem Verbot. Leider geht der Trend heute wieder in eine andere, repressivere Richtung.

*

Blockieren wirtschaftliche Interessen einen vernünftigeren Umgang mit psychoaktiven Substanzen?

Natürlich sind die wirtschaftlichen Interessen gewaltig, sowohl in den legalen Bereichen und erst recht in den illegalen, die ja gewissermassen eine Karikatur der freien Marktwirtschaft sind. Aber auch da zeigt das Beispiel der Tabakindustrie, dass ein Wandel möglich ist. Das Problem, die wirtschaftlichen Interessen der Pharmaindustrie in diesem Bereich zu zügeln, haben wir wahrscheinlich noch vor uns.

Und weil es in der Schweiz viel Geld gibt, ist sie auch attraktiv für illegale Geschäfte.

*

Zur gegenwärtigen Drogenpolitik in der Schweiz: Die Hanf-Initiative wurde im Parlament abgelehnt und der Versuch eines Gegenvorschlages ist gescheitert. Teilen Sie die Meinung Ihres Kollegen Felix Gutzwiller, dass damit die letzte Chance, den Cannabiskonsum zu entkriminalisieren, vertan ist?

Ja, die weitere Entwicklung der Cannabisgesetzgebung ist nun wohl für lange Zeit blockiert – sofern nicht doch noch das Volk die Initiative annimmt; das ist frustrierend. Statt objektiver Kriterien hat nun wiederum die moralische Werthaltung obsiegt. Das Cannabisproblem kann in nächster Zeit nicht pragmatisch angegangen werden, höchstens die Ausführung des Gesetzes lässt noch etwas Spielraum offen, da eine konsequente Verfolgung des Konsums gar nicht

realisierbar ist. Damit werden wir weiterhin, je nach Kanton, eine unterschiedliche Praxis und damit eigentlich eine auch staatspolitisch bedenkliche Rechtsungleichheit haben.

STATT OBJEKTIVER KRITERIEN HAT NUN WIEDERUM DIE MORALISCHE WERTHALTUNG OBSIEGT.

Wie könnte es nach dem teilrevidierten Betäubungsmittelgesetz und abgelehnter Hanfinitiative mit der schweizerischen Drogenpolitik weitergehen? Muss wiederum eine Generation gewartet werden, bis der nächste Schritt getan werden kann?

Ja, das ist so; was einmal im Gesetz festgelegt ist, bleibt im Allgemeinen für die nächsten zehn Jahre. Man wird sich in der nächsten Zeit auf kleine, punktuelle Verbesserungen beschränken müssen. Frustrierend ist auch, dass in der neuen Revision des Betäubungsmittelgesetzes wiederum die Abstinenz als oberstes Ziel hineingekommen ist. Das ist einfach nicht realistisch, bei Alkohol und Tabak wird das ja auch nicht gefordert. Es ist auch schade, dass zu viele Einzelheiten im Gesetz geregelt werden anstatt auf der Verordnungsebene, wo schneller auf Veränderungen reagiert werden könnte. Der Konsum von psychoaktiven Substanzen ist immer auch Modeströmungen unterworfen. So steht vielleicht in einigen Jahren die Cannabisfrage gar nicht mehr im Vordergrund, und das eigentliche Drogenproblem könnten dann die psychoaktiven Medikamente sein.

DER KONSUM VON PSYCHOAKTIVEN SUBSTANZEN IST IMMER AUCH MODESTRÖMUNGEN UNTERWORFEN.

Wie beurteilen Sie die weitere Entwicklung der Drogengesetzgebung weltweit?

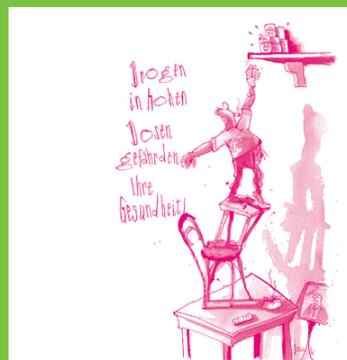
Unter amerikanischem Einfluss herrscht immer noch eine sehr repressive Haltung vor. Aber es besteht eine Tendenz, dass sich die Drogenpolitik der einzelnen Länder einander angleichen, die sehr repressiven werden ein bisschen weniger repressiv und die eher liberalen etwas repressiver. Wo sich das ganze einpendelt, ist noch nicht klar. Solche Entwicklungen brauchen sehr viel Zeit. Wir

hoffen, dass unser Bericht über die Diskussion in Fachkreisen, auch über die Grenzen der Schweiz hinaus, eine gewisse Ausstrahlung auf die Drogenpolitik haben wird.

ABER ES BESTEHT EINE TENDENZ, DASS SICH DIE DROGENPOLITIK DER EINZELNEN LÄNDER EINANDER ANGLEICHEN, DIE SEHR REPRESSIVEN WERDEN EIN BISSCHEN WENIGER REPRESSIV UND DIE EHER LIBERALEN ETWAS REPRESSIVER.

Herr van der Linde, wir danken Ihnen für das Gespräch.

COMIC



WWW.PSYCHOAKTIV.CH

UNTER DIESER ADRESSE HAT DIE EIDGENÖSSISCHE KOMMISSION FÜR DROGENFRAGEN (PRÄSIDENT DR. FRANÇOIS VAN DER LINDE) 2005 EINEN BERICHT IM INTERNET VERÖFFENTLICHT, DER DIE BISHERIGE DROGEN(VERBOTS)POLITIK RADIKAL VERÄNDERN KÖNNTE.

Der Bericht hat denn auch den Titel «Von der Politik der illegalen Drogen zur Politik der psychoaktiven Substanzen». Der Kerngedanke dieser Studie ist folgendes: Einerseits sollten alle «Drogen» im weiten Sinne, d.h. alle psychoaktiven Substanzen in gleicher Weise beurteilt werden, nämlich nach ihren objektiven, medizinischen Risiken und andererseits soll berücksichtigt werden, welcher Gebrauch von allen diesen Substanzen gemacht wird. Ob es sich um risikoarmen gelegentlichen Konsum, um problematischen Konsum oder um schwere Abhängigkeit handelt.

Damit ergibt sich ein weites Spektrum für

das regulierende Eingreifen des Staates. Anstatt einer simplen Verbotspolitik, wie wir sie heute haben, wäre eine differenzierte Regulierung nach objektiven Kriterien angesagt, die sich nicht nur um die illegalen Drogen kümmert, sondern in gleicher Weise auch um die hiesigen traditionellen Drogen Alkohol und Tabak und um die von der Pharmaindustrie hergestellten psychoaktiven Substanzen.

Die Art der staatlichen Massnahmen, die in bezug auf die illegalen Drogen heute durch das Vier-Säulen-Modell charakterisiert werden, sollte auf alle psychoaktiven Substanzen angewendet werden (die 2. Dimension) und

zudem von der Art des Konsumes abhängen (die 3. Dimension). Die Art aller Massnahmen in dem erweiterten Drogenbereich lässt sich daher in einem dreidimensionalen Raum d.h. in einem Würfel darstellen. An welchen Stellen in diesem Würfelmodell es wieviel Repression oder Prävention braucht, das muss politisch ausgehandelt werden, aber es wäre dann nicht mehr eine Frage der Ideologie.

Diese Studie ist auch als Buch erhältlich:

Von der Politik der illegalen Drogen zur Politik der psychoaktiven Substanzen, Hrsg: Eidgenössische Kommission für Drogenfragen. Verlag Hans Huber, Bern 2006.

RÜCKBLICK DROLEG 2007/08

NACH DER GV 07 WAR KLAR, DASS SICH DIE DROLEG IM HINBLICK AUF DIE HANFINITIAIVE WIEDER ETWAS ERNEuern UND AKTIVIEREN WILL. NUN HABEN WIR EIN NEUES LOGO UND EINE NEUE, ÜBERSICHTLICHERE HOMEPAGE.

Die Homepage kommt schon ganz ordentlich daher, es sind noch einige Kinderkrankheiten auszumerzen und natürlich werden die Aktualisierungen noch vervollständigt. Wir hatten das Glück, dass uns ein wohlgesinnter Computerspezialist die Arbeit gratis gemacht hat, dafür braucht es jeweils ein wenig mehr Geduld. Der Vorstand möchte an dieser Stelle natürlich auch ganz herzlich Danke sagen!

Auch danken wir der Logoentwicklerin Alexandra Lüthi von der Werbeagentur www.artischock.net. Sie ist auch verantwortlich für den neuen Auftritt des DroLeg-Infos in Zusammenarbeit mit dem VS. Ein neues Logo und Briefpapier sind nicht

ganz einfach, da gibt es auf der einen Seite die Designer, auf der anderen Seite viele VS-Mitglieder; alle Ideen und Vorstellungen müssen dann unter einen Hut gebracht werden.

Die DroLeg nahm wieder an der Cannatrade teil, wie jedes Jahr. Der Bericht dazu ist auf unserer Homepage nachzulesen. Der VS tagte in diesem Jahr bereits intensiver, auch hinsichtlich der bevorstehenden Abstimmung der Hanfinitiative. Es bildeten sich bereits einige Arbeitsgruppen, so die AG Homepage/Logo, die AG DroLeg-Info und die AG Fakten und Zahlen.

Die finanzielle Situation war eher rückläufig, da wir aber im letzten Jahr wenig Akti-

vitäten gegen aussen hatten, war dies keine Überraschung und auch keine grosse Belastung. Damit sich die DroLeg wieder vermehrt «einmischen» kann, hoffen wir, dass sich auch unsere Mitglieder und Spender wieder mehr an der DroLeg beteiligen und sei es mit einem Zustupf in Form von klingenden Münzen.

So bedankt sich der gesamte VS für die langjährige Unterstützung vieler Mitglieder und Spender und hofft, dass wir in diesem Herbst doch ein Achtungsergebnis mit der Unterstützung der Hanfinitiative erreichen können.

Für den VS, Susanna Siegrist, Sekretariat

TERMIN- KALENDER

AUGUST

20. August 2008

19.30 Uhr GV DroLeg
20.00 Uhr Referat mit Geri Müller,
Nationalrat für die Grünen zum Thema:

«Für eine vernünftige Hanf-Politik mit
wirksamem Jugendschutz»

Sitzungsort: Arud Geschäftsstelle, Konrad-
strasse 32, 8005 Zürich

OKTOBER

Podiumsveranstaltung zur
Abstimmung November

Nähere Infos zu Orte etc. auf der Home-
page www.droleg.ch und im nächsten
Droleg-Info

NOVEMBER

30. November

Abstimmung zur Betäubungsmittelrevision
und Hanfinitiative

AUFRUF SPENDEN FÜR DIE ABSTIM- MUNGSKAMPAG- NE PRO JUGEND- SCHUTZ

An der GV werden wir auch über die Akti-
vitäten der DroLeg zur Abstimmungskam-
pagne informieren.

Geplant und in Arbeit sind eine grössere
Podiumsveranstaltung, ein Argumentarium
«Fakten und Zahlen», umfangreichere Dro-
Leg-Infos, sowie Teilnahme mit unseren
Leuten an Podien.

Einige Projekte hängen natürlich von unse-
ren finanziellen Möglichkeiten ab. Deshalb
bitten wir um finanzielle Unterstützungen.

Auch bitten wir unsere Mitglieder, den Mit-
gliederbeitrag 2008 zu entrichten, damit wir

unsere Infrastrukturen (Sekretariat, Home-
page, Drucksachen, etc.) weiterhin finanzia-
ren können.

UNSERE MITGLIEDERBEITRÄGE

Einzelpersonen: Fr. 60.00/Jahr
Einzelperson nicht erwerbstätig
Fr. 30.00/Jahr

Organisationen/Jur. Personen
Fr. 150.00/Jahr

Spenden sind in jeder Höhe gern gesehen
Postkonto-Nummer: 80-36371-6

GV DROLEG, 20.8.2008

ES SIND ALLE MITGLIEDER
UND ADRESSATEN DIESER
DROLEG-INFOS HERZLICH EIN-
GELADEN, AN DIESER VERAN-
STALTUNG TEILZUNEHMEN.

GV 2008 DROLEG

TRAKTANDEN:
Begrüssung
Protokoll 2007 GV
Rechnungsbericht
Rechnungsabnahme
Wahl des Vorstandes
Wahl Revisorenstelle
Kurzer Rückblick/Ausblick

Der statutarische Teil findet
von 19.30-20.00 Uhr statt.

Das Referat beginnt um 20.00 Uhr

Hauptthema:

ABSTIMMUNG INITIATIVE PRO JUGENDSCHUTZ

Referent
Geri Müller,
Nationalrat Grüne Partei,

Moderation
Renato Maurer, VS-Mitglied DroLeg

LINKS  WWW.PROJUGENDSCHUTZ.CH +++ WWW.BETAEUBUNGSMITTELGESETZ.CH
+++ WWW.NAS-CPD.CH +++ WWW.ENCOD.ORG